

Vermögenssteuer würde Unternehmen stark belasten Steuer kann an die Substanz gehen

Eines der Themen im aufziehenden Bundestagswahlkampf wird die Frage sein, ob man die Vermögenssteuer wieder einführen sollte. Einige Politiker wollen mit ihrer Hilfe die Haushalte der Bundesländer sanieren. Die Leidtragenden wären allerdings die Unternehmen, berichtet das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln. Ihre Steuerlast stiege durch die Vermögenssteuer dramatisch an.

Insgesamt zehn Bundesländer verfolgen das Ziel, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, und arbeiten derzeit an einer Bundesratsinitiative. Vorgesehen ist eine Steuer von einem Prozent, die zusätzlich zu Körperschafts-, Gewerbe-, Einkommenssteuer und Solidaritätszuschlag erhoben wird, teilt das IW mit. Unternehmen wären also ebenso steuerpflichtig wie private Vermögensbesitzer. Die Bundesländer versprechen sich von der Wiedereinführung der Vermögenssteuer zusätzliche Einnahmen von bis zu zwölf Milliarden Euro.

Die Idee, so die Staatskasse zu füllen, ist nicht neu. Die Vermögenssteuer ist eine der ältesten Steuern. Doch auch früher gab sie Anlass zu Kritik: Wenn sie den Vermögensstamm selbst angreift, führt sie langfristig zur Vernichtung der eigenen Steuerquelle. Die Vermögenssteuer darf daher nur Erträge abschöpfen. Und so war sie bis zur Abschaffung 1996 auch in Deutschland eine sogenannte Sollertragssteuer.

Bei einer solchen Steuer unterstellt der Gesetzgeber, dass der Ertrag des Vermögens stets ausreicht, um die Steuer zu bezahlen. Konjunkturelle Krisen sind nicht vorgesehen. Und auch die extreme Niedrig-

zinsphase, die derzeit allen Anlegern zu schaffen macht, passt nicht in dieses Steuerkon-

zept. Eine Beispielrechnung des IW zeigt, dass die Steuerlast für AGs und GmbHs bei schwacher Konjunktur und niedrigen Renditen stark steigt. Bei einem Vermögenssteuersatz von einem Prozent und einer Rendite des investierten Kapitals von zwei Prozent müssen Unternehmen und Gesellschafter zusammen auf ausgeschüttete Gewinne fast 93 Prozent Steuern zahlen. Bei Zinssätzen von weniger als 1,7 Prozent sind es sogar mehr als 100 Prozent.

In solch einem Fall muss die Steuer aus der Substanz bezahlt werden. Doch selbst bei einer – gegenwärtig kaum erzielbaren – Kapitalrendite von zehn Prozent würde der Ertrag noch mit 58 Prozent Steuern belegt. Ohne Vermögenssteuer liegt die gesamte Steuerlast hingegen unabhängig vom Ertragsniveau stets bei rund 49 Prozent.

Staat hat kein Einnahmeproblem

Obwohl Sozialverbände, Gewerkschaften und linke Politiker für eine Vermögenssteuer trommeln, stellt das IW die Frage: Warum? Deutschland komme bisher sehr gut durch die Euro-Schuldenkrise und der Staat hat kein Einnahmeproblem. Im Jahr 2011 lag das Steueraufkommen auf einem Rekordniveau von 573 Milliarden Euro. Der amtlichen Steuerschätzung zufolge wird das jährliche Aufkommen bis 2016 schrittweise um weitere 90 Milliarden Euro steigen.

Wenn der Staat dennoch Defizite macht, hat er kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem, stellt das IW fest.

Wer Kapital aus Gerechtigkeitsgründen umverteilen will, darf außerdem nicht vergessen, dass Ersparnisse investiert werden. Kapital ist ein wichtiger Produktionsfaktor und sollte für Konsum jeder Art tabu sein. Genau diesem Konsum wird aber Vorschub geleistet, wenn sich der Staat laut IW an Betriebsvermögen vergreift, um damit soziale Wohltaten zu finanzieren.

IW (Foto: Fotolia) ■



Forschungsinitiative: Stressfrei im Stadtverkehr

Um Menschen im Stadtverkehr künftig nachhaltig zu unterstützen, damit sie ihren Weg durch die Stadt sicherer, wirtschaftlicher und stressfreier zurücklegen können, haben sich 30 Partner in dem Verbundprojekt UR:BAN – Urbaner Raum: Benutzergerechte Assistenzsysteme und Netzmanagement – zusammengeschlossen.

Im Zuge der Forschungsinitiative wollen Automobil-, Software- und Telekommunikationsunternehmen mit Universitäten und Forschungsinstituten sowie Städten und Behörden innovative und intelligente Fahrerassistenz- und Verkehrsmanagementsysteme entwickeln. Zu den Partnern gehören unter anderem die Volkswagen AG, die Continental Automotive GmbH, die Stadt Kassel und die Universität Kassel. www.urban-online.org ■

Baureka entwickelt Ersatzbaustoff mit

Im Bausektor sind industrielle Nebenprodukte und Recycling-Baustoffe ökologische und nachhaltige Alternativen. Das Thema aufgreifend, haben die Firmen BAUREKA Baustoff-Recycling GmbH aus Kassel sowie REMEX, MAV, MAV Lünen, RVB und EMIX im vergangenen Jahr ein neuartiges Konzept entwickelt, welches zum ersten Mal auf dem Deutschen Straßen- und Verkehrskongress Mitte Oktober in Leipzig vorgestellt worden ist: granova Hausmüllverbrennungsasche mit 30 Jahren Rücknahmegarantie.

Bei der Verbrennung von Siedlungsabfällen entstehen Rohaschen. Nach der Aufbereitung dieser Rohasche spricht man von Hausmüllverbrennungsasche beziehungsweise HMV-Asche. Nach Aufbereitung und dreimonatiger Lagerung erfüllt HMV-Asche die wasserwirtschaftlichen Anforderungen an Ersatzbaustoffe. Aufgrund seiner Zusammensetzung ist granova eine hochwertige Alternative zur natürlichen Gesteinskörnung im Straßen- und Erdbau. **WN** ■

tagungsfreundlich

Neue Perspektiven über dem Edersee gewinnen

Ihr bester Platz für Meetings, Workshops, Schulungen im Seminarzentrum FREUND mit Hotel und SPA-Resort. Individuell oder pauschal geplant – mit Special Price ab 10 Teilnehmern – nur im Dezember und Januar.

- „Komfort“ ab 135 Euro p.P. – Ihr All-Inklusiv-Paket (mit Ü + VP)



34516 Vöhl - Oberorke | www.hotelfreund.de
Tel. (+49) 06454/7090